



Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) - Eine Strategie für Schleswig-Holstein -

*Gutachten im Auftrag des
Ministeriums für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft
und Tourismus des Landes Schleswig-Holstein*

Projektbearbeitung:

Institut Raum & Energie



Katrin Fahrenkrug
Dr. Michael Melzer
Erk Ulich
Jürgen Wittekind

Wedel, 03. Januar 2001

Integriertes Küstenzonenmanagement

- Eine Strategie für Schleswig-Holstein -

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	1
	1.1 Zielsetzung des Gutachtens	1
	1.2 Definition IKZM.....	1
2	Ziele, Erfahrungen und Anforderungen aus Sicht der Europäischen Union.....	2
	2.1 Die europäische Zielsetzung.....	2
	2.2 Anforderungen nach den Erfahrungen der europäischen Demonstration- vorhaben.....	2
3	Die Ausgangslage in Schleswig-Holstein	3
	3.1 Zunehmende inhaltliche Problemkonzentration	3
	3.2 Fehlende küstenspezifische Planungs- und Umsetzungskompetenz	5
	3.3 Paradigmenwechsel in Raumplanung und Regionalpolitik	6
	3.4 Immanente Grenzen eines IKZM.....	6
4	Ableitung eines Grundmodells für ein IKZM	7
	4.1 Anspruch an ein IKZM-Konzept.....	7
	4.2 Bestandteile eines Grundmodells für ein IKZM	7
5	Handlungsbedarfe und Empfehlungen für die Einrichtung eines IKZM in Schleswig-Holstein	8
	5.1 IKZM als Querschnittsaufgabe der Landesregierung in Schleswig-Holstein	8
	5.2 Kommunikations- und Informationsstrukturen	9
	5.3 Beteiligungsinstrumente.....	11
	5.4 Abstimmung mit Nachbarn.....	13
	5.5 Regionale Umsetzungsinstrumente.....	13
	5.6 Räumliche Clusterbildung	14
	5.7 Bildung und Forschung	17
6	Zusammenfassung der Empfehlungen zur Umsetzung eines IKZM in Schleswig-Holstein	18

Anhang 1: Aktuelle Themen der räumlichen Planung im Küstenbereich Schleswig-Holsteins

Anhang 2: Nutzergruppen und Nutzungsinteressen im Küstenraum

Anhang 3: Ablauf des Planungsprozesses in einem IKZM-Konzept

Anhang 4: Literatur und Internet

1 Einleitung

1.1 Zielsetzung des Gutachtens

Auf europäischer und auch auf nationaler Ebene¹ gibt es Initiativen zur Einrichtung eines Integrierten Küstenzonenmanagements (IKZM). Die europäische Kommission² empfiehlt den Mitgliedstaaten vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Bedeutung der Küstenbereiche, eine nationale Strategie für ein zukunftsfähiges Management der Küste zu formulieren. Dieser Vorschlag stützt sich außerdem auf die Forderung des Kapitels 17 der Agenda 21 der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992 (UNCED) nach neuen Ansätzen in der Bewirtschaftung und Entwicklung der Meeres- und Küstenregionen, „die ihrem Inhalt nach integrativ und ihrer Wirkung nach vorbeugend und vorsorgend sind“.³

Schleswig-Holstein als Land zwischen den Meeren ist in Deutschland durch diese Anforderungen besonders betroffen. Im geltenden Koalitionsvertrag wird als Ziel angeführt, „zum Zwecke der Konfliktlösung zwischen den unterschiedlichen Nutzergruppen [...] unter Einschluss aller Beteiligten ein Küstenmanagement“ entwickeln zu wollen. Deshalb sind folgende Fragen zu beantworten:

- Welche für die Entwicklung in Schleswig-Holstein bedeutsamen Herausforderungen stellen sich im Küstenbereich?
- Wie werden diese Herausforderungen bearbeitet? Welche Handlungsbedarfe liegen vor oder sind zu erwarten?
- Welchen Beitrag könnte dabei ein IKZM leisten?
- Welchen räumlichen, inhaltlichen und organisatorischen Anforderungen sollte ein solches IKZM genügen?
- Wie könnte ein IKZM in die vorhandenen administrativen und instrumentellen Strukturen eingegliedert werden?
- Wie sollten die Zuständigkeiten geregelt werden?
- Wer sollte beteiligt sein und wie können regionale und lokale Akteure eingebunden werden?

Das vorliegende Papier fasst die zu diesem Thema vorhandenen Materialien zusammen und bewertet die Aussagen aus schleswig-holsteinischer Sicht. Ziel ist die Formulierung von Grundlagen für eine IKZM-Strategie für Schleswig-Holstein und damit von Leitlinien für Politik und Verwaltung sowie von konkreten Handlungsempfehlungen zur Umsetzung eines IKZM in Schleswig-Holstein. Hierfür werden unter Berücksichtigung konkreter Beispiele verschiedene Varianten aufgezeigt.

1.2 Definition „Integriertes Küstenzonenmanagement“

Die *Küste* wird verstanden als „Grenzraum zwischen Meer und Land, von stark wechselnder Breite (1m bis viele km)“⁴. Die Breite der Küstenzone definiert sich jeweils im konkreten Einzelfall durch den Raum, in dem terrestrische Prozesse (ökonomische, ökologische wie auch sozio-kulturelle) marine Prozesse beeinflussen und umgekehrt.⁵

Im Prinzip geht es – vergleichbar der weitgehend fruchtbaren raumordnungspolitischen Diskussion um den Begriff „Region“ (vgl. Wettbewerb „Regionen der Zukunft“) – um die pragmatische Abgrenzung eines zusammenhängenden Problem- und Potenzialraumes.

¹ EUROPÄISCHE KOMMISSION (1999a); BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE (1995)

² EUROPÄISCHE KOMMISSION (2000a)

³ BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT (1992), S. 139

⁴ Brockhaus (1999), o.S.

⁵ vgl. KANNEN, A. (2000), S. 16

Wenig weiterführend ist in diesem Zusammenhang eine begriffliche Abgrenzung zwischen Küstenmanagement und Küstenzonenmanagement. Wir verwenden hier mit „Integriertes Küstenzonenmanagement“, den in der Diskussion gebräuchlichen Begriff.

Der Begriff des *Managements* umfasst die Informationssammlung, die Planung im Sinne einer strategischen Politikentwicklung, die Entscheidungsfindung, das Management und die Überwachung der Umsetzung.⁶

Integriertes Küstenzonenmanagement wird definiert als dynamischer, kontinuierlicher und iterativer Prozess, durch welchen Entscheidungen für eine nachhaltige Nutzung, Entwicklung und den Schutz der Küsten einschließlich ihrer Ressourcen getroffen werden⁷. Legt man einen weit gefassten Gesamtanspruch zugrunde, dann beinhaltet IKZM die umfassende Beschreibung und Bewertung von Küstensystemen sowie die Formulierung von Zielvorstellungen und deren Umsetzung bezüglich des Schutzes und der Bewirtschaftung bzw. Verwaltung (= Management) der dort vorhandenen Ressourcen. In diesen Prozess sind traditionelle, kulturelle und historische Aspekte spezifischer Küstengebiete ebenso einzubeziehen wie die dort auftretenden Interessenslagen, Nutzungskonflikte und rechtlich-administrativen Strukturen.⁸

Durch ein **integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM)** werden alle Entwicklungen mit räumlicher Bedeutung im Küstenbereich gesteuert. Die Abstimmung und Zusammenarbeit aller Beteiligten führt zum größtmöglichen Erfolg und zu Akzeptanz unter allen Nutzergruppen.

2 Ziele, Erfahrungen und Anforderungen aus Sicht der Europäischen Union

2.1 Die europäische Zielsetzung

Die EU empfiehlt aufgrund umfangreicher Erfahrungen aus 35 europäischen Demonstrationsprojekten die Entwicklung und Umsetzung eines nationalen bzw. regionalen IKZM unter Beachtung folgender Ziele:⁹

- Gewährleistung günstiger Bedingungen für die wirtschaftliche Entwicklung und die Beschäftigungslage
- Gewährleistung eines funktionierenden sozialen und kulturellen Systems
- Erhaltung ausreichend großer offener Flächen für Erholung und Bewahrung eines ästhetischen Landschaftsbildes
- Erhaltung der Integrität des Ökosystems und Gewährleistung einer nachhaltigen Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden Ressourcen des Meeres als auch des Landstreifens der Küstengebiete

2.2 Anforderungen nach den Erfahrungen der europäischen Demonstrationsvorhaben

Die Hauptcharakteristika eines IKZM sind die Werte Integration, Information, Kooperation, Koordination und Kontinuität¹⁰. Integration nimmt in der Reihe der Anforderungen eine Schlüsselstellung ein:¹¹

⁶ EUROPÄISCHE KOMMISSION (1999a), S. 16; NORCOAST (2000), S. 14

⁷ EUROPÄISCHE KOMMISSION (1999a), S. 16

⁸ EUROPÄISCHE KOMMISSION (1999a), S. 16; vgl. auch GEE, K.; A. KANNEN UND H. STERR (2000), S. 13; KANNEN, A. (2000), S. 30ff.; K.E.R.N.-Arbeitskreis Integriertes Küstenzonenmanagement (2000)

⁹ EUROPÄISCHE KOMMISSION (2000a), S. 3

¹⁰ EUROPÄISCHE KOMMISSION (1999a), S. 15 f.; EUROPÄISCHE KOMMISSION (2000a), S. 3 f.; KANNEN, A. (2000), S. 41ff.

¹¹ BURBRIDGE, P. (2000), KANNEN, A. (2000), S. 45

- horizontale Integration: Einbeziehung aller relevanten Fachbereiche der Verwaltung,
- vertikale Integration: Einbeziehung sämtlicher Verwaltungsebenen, national bis lokal,
- territoriale Integration: Beachtung der Wechselbeziehungen und gegenseitigen Abhängigkeiten zwischen den verschiedenen Systemen,
- zeitliche Integration: langfristige, dauerhaft tragfähige Entwicklung von politischen Zielsetzungen, Entwicklungsplänen und Managementstrategien und
- Interessenintegration: vielfältige private wie auch öffentliche Raumannsprüche.

Aus den Erfahrungen der Projekte des europäischen Demonstrationsprogrammes leitet die EU folgende Anforderungen für ein effektives IKZM ab:¹²

1. Umfassende, ganzheitliche Betrachtungsweise,
2. Widerspiegelung der spezifischen Bedingungen in dem betreffenden Gebiet,
3. Ausnutzung von natürlichen Prozessen,
4. Gewährleistung, dass heute getroffene Entscheidungen keine Optionen für die Zukunft ausschließen,
5. Anpassungsfähiges Management im Zuge eines mehrstufigen Prozesses,
6. Konsensbildung durch partizipatorische Planung,
7. Beteiligung aller Verwaltungsebenen und aller relevanten Fachbereiche sowie Unterstützung durch diese und
8. Verwendung einer Kombination von Instrumenten.

3 Die Ausgangslage in Schleswig-Holstein

3.1 Zunehmende inhaltliche Problemkonzentration

Im Grenzraum zwischen dem terrestrischen und dem marinen Bereich kommt es zu einer verstärkten Konzentration von Nutzungsansprüchen (s. Anhang 1 und 2) und damit auch zu Nutzungskonflikten. Ereignisse wie der Unfall des Frachters Pallas vor der schleswig-holsteinischen Nordseeküste, die Planungen zur Errichtung eines Hafendorfes in der Geltlinger Bucht, die Absichten zur Aufstellung von Offshore-Windenergieanlagen in Nord- und Ostsee oder die weitreichenden Diskussionen um die Neuregelung des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer¹³ machen deutlich, welche Handlungsbedarfe in der räumlichen Planung im Bereich der Küste bestehen.

Aus der Sicht regionaler Akteure der schleswig-holsteinischen Westküste beispielsweise sind Küstenschutz, Arbeitsplätze und Beschäftigung sowie Umwelt-/Naturschutz die Themen mit zentraler Bedeutung für die Entwicklung des Küstenraumes.¹⁴ Dies wird auch deutlich bei der Betrachtung der Raumstruktur¹⁵ des Festlands und der Inseln. Hier dominiert der strukturschwache ländliche Raum, in dem insbesondere die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen angestrebt wird. Daneben befinden sich ebenfalls direkt an der Küste die Wirtschaftszentren Kiel, Lübeck, Flensburg, Brunsbüttel und die Freie und Hansestadt Hamburg mit ihren Umlandbereichen.

¹² EUROPÄISCHE KOMMISSION (1999a), S. 11 ff.; EUROPÄISCHE KOMMISSION (2000a), S. 3 f.

¹³ STOCK, M. et al. (1995)

¹⁴ KANNEN, A. UND K. GEE (1998), S. 8

¹⁵ DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (1998a)

Der Küste kommt in Schleswig-Holstein aufgrund ihrer Länge (Nordseeküste und Elbe bis Wedel 553 km und Ostseeküste 637 km¹⁶) eine besondere Bedeutung zu. Folgende Gegebenheiten unterstützen die Notwendigkeit eines IKZM für Schleswig-Holstein:¹⁷

inhaltlich

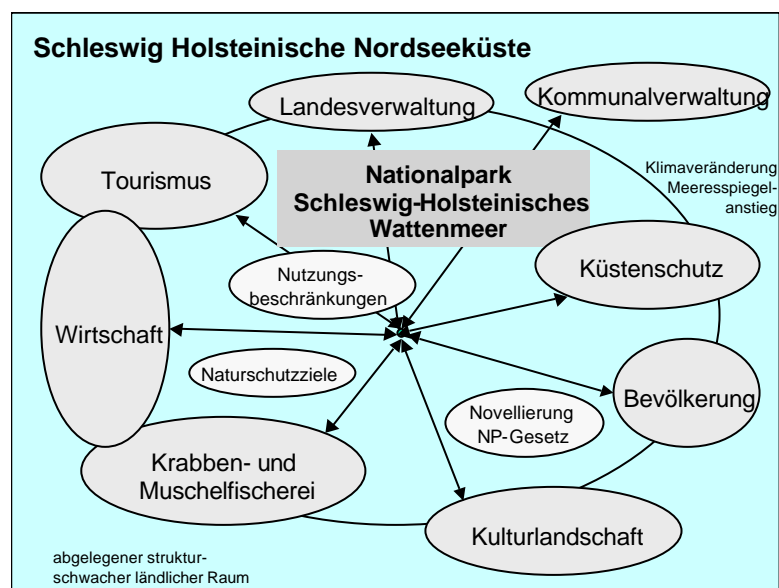
1. Nutzung der Wirtschaftspotenziale des Küstenraumes,
2. Dynamik und Komplexität des Systems Küste,
3. Hoher Nutzungsdruck und damit häufige Nutzungsüberschneidungen,
4. Konflikte zwischen kurzfristigen sozio-ökonomischen Bedürfnissen und langfristigen Notwendigkeiten,
5. Steigende Sensibilität gegenüber Umweltbeeinträchtigungen und Meeresverschmutzungen
6. Veränderung natürlicher oder naturnaher Küstenabschnitte,
7. Risiken durch Klimaveränderung und Meeresspiegelanstieg¹⁸,
8. Bewusstsein und Kenntnis der Bedeutung eines Küstenzonenmanagements noch nicht ausgeprägt (u.a. sozio-ökonomische und ökologische Vorteile),

instrumentell / administrativ

9. Mangel an Kooperation und Koordination durch fehlende Information und durch traditionell sektorales Denken; unzureichende Öffentlichkeitsbeteiligung,
10. Fragestellungen im Küstenbereich überschreiten zumeist administrative Grenzen, orientieren sich an natürlichen Bedingungen,
11. Zuständigkeiten enden oft an der Grenze zwischen Land und Meer, zudem kommt es zu Überschneidungen institutioneller Zuständigkeiten,
12. Bestehende Instrumente ermöglichen keine schnelle Reaktion auf neue Entwicklungen (Beispiele: Offshore-Windenergie, Aquakultur, Marinas).

Anhand von Beispielen sollen die oben genannten inhaltlichen und instrumentell/ administrativen Gegebenheiten verdeutlicht werden. Eine genau Antwort auf die Fragen des „Wo“ und „Wann“ solcher Problemstellungen und ihrer Auswirkungen ergibt sich erst aus intensiven Bestandsaufnahmen und –analysen.

Beispiel 1 (Grafik 1)



¹⁶ mdl. MLR, Referat Küstenschutz und Häfen (Stand November 2000)

¹⁷ EUROPÄISCHE KOMMISSION (1999a); NORCOAST (2000), S. 5 f.; BURBRIDGE, P. (2000); KANNEN, A. (2000), S. 42

¹⁸ Anmerkung: Das MLR hat diesbezüglich Gutachten in Auftrag gegeben

Beispiel 2

Entwicklungen im Bereich der Förde, Landeshauptstadt Kiel

Themen:

- Nachnutzung brachfallender (insbesondere ehemals militärischer) Flächen an der Förde: Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und Herstellung eines attraktiven Lebensraumes für die Bevölkerung
- Entwicklungspotenziale „Maritime Wirtschaft“: Ausbau der Kompetenzen
- Eingriffe in Ökosysteme: Zerstörung und Veränderung von Ökosystemen durch bauliche Maßnahmen (Bau Norwegenkai, Sprengung Bunker „Kilian“ – hier auch Denkmalschutz, Marina-Planung auf ehemaligem Militärgelände auf dem Ostufer)

Beispiel 3

Offshore-Windparks in Nord- und Ostsee

Themen:

- Nachhaltige Ressourcennutzung: regenerative Energieerzeugung
- Wirtschaft: Arbeitsplatzeffekt bei Bau und Betrieb der Anlagen, Export/Verkauf von Anlagen und Wissen
- Flächenüberlagernde Nutzungsinteressen: Militär, Naturschutz, Schifffahrt, Fischerei, Bodenschätze, Tourismus
- Problem des Kollisionsschutzes und Einhaltung des Befahrungsverbotes
- Zuständigkeiten: räumliche und sachliche Kompetenzen komplex und unterschiedlich nach = 12sm und > 12sm, oft unklar
- Rechtzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit und notwendige Kooperationsbereitschaft zwischen den verschiedenen Interessensgruppen
- Eingriffe in Schutzgüter durch Bau und Betrieb der Anlagen; Auswirkungen meistens noch unbekannt
- Kumulative Wirkung mehrerer Windparks national und international

3.2 Fehlende küstenspezifische Planungs- und Umsetzungskompetenz

Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es weder im Landesraumordnungsplan Schleswig-Holstein¹⁹, noch in den gültigen Regionalplänen und auch nicht im Raumordnungsbericht 1993 des Bundes²⁰ Aussagen zur räumlichen Planung im marinen Bereich. Die Regelungen des Landesraumordnungsplanes sowie der sie ergänzenden und konkretisierenden Regionalpläne enden derzeit i.d.R. an der Küstenlinie. In den neueren Regionalplänen sind bereits Ausführungen zur Freiraumstruktur hinsichtlich der Natura 2000-Richtlinien (FFH- und EU-Vogelschutzgebiete) und der HELCOM-Meeresschutzgebiete enthalten.²¹

Festlegungen für den marinen Bereich werden sektoral getroffen. Durch den zunehmenden Nutzungsdruck auf dem Wasser müssen in Zukunft vermehrt Aussagen für das Gebiet bis zur 12 Seemeilengrenze getroffen werden. Die Planungshoheit der Gemeinden endet mit wenigen Ausnahmen, in denen auch die Flächen jenseits der Küstenlinie inkommunalisiert sind, an der Küstenlinie. In Deutschland wie in Schleswig-Holstein existiert kein integriertes Planungsinstrument allein für den Küstenbereich.²²

Für die Planung und Umsetzung von Maßnahmen für die Wasserflächen liegen die Zuständigkeiten selten im alleinigen Kompetenzbereich der Bundesländer. Für den Meeresbereich

¹⁹ DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (1998a)

²⁰ BUNDESMINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU (1993)

²¹ DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (1998a), MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHE RÄUME, LANDWIRTSCHAFT, ERNÄHRUNG UND TOURISMUS DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.) (2000)

²² BRIDGE, L. AND A. SALMAN (EUCC) (2000), S. 18 ff.; PROCOAST (2000a), S. 33

von der Mitteltidehochwasserlinie seewärts liegt sie auf Bundesebene, wie z.B. bei der Wasser- und Schifffahrtsdirektion für alle schiffbaren Wasserstraßen oder beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrographie.

3.3 Paradigmenwechsel in Raumplanung und Regionalpolitik

Raumplanung in der Bundesrepublik Deutschland verfolgt schon immer den Anspruch, unterschiedliche Raumnutzungen zu integrieren und die auf und in einem Raum wirkenden Interessen auszugleichen. Insoweit ist ein IKZM eine klassische Aufgabenstellung der Raumplanung. Dabei ist jedoch im Hinblick auf die konkrete Ausgestaltung der Paradigmenwechsel zu beachten, der seit den 80er Jahren die Raumordnungspolitik verändert hat. Bis dahin war das Raumplanungssystem in hohem Maße administrativ-formell verfasst und hierarchisch gegliedert. Vorsorgende, gestalterische Aufgabenstellungen wurden vor allem über längerfristig gültige Planwerke, Konfliktlösungen reaktiv über Genehmigungspflichten behandelt. In den letzten 10 Jahren hat sich immer stärker die Erkenntnis durchgesetzt, dass dieses Instrumentarium nicht ausreicht, um

- dynamische Entwicklungsprozesse heutigen Anforderungen entsprechend aktiv zu begleiten und zu steuern,
- sehr spezifische Sonderentwicklungen in einzelnen Gebieten individuell zu erfassen und
- die für tragfähige Konfliktlösungen notwendige Akzeptanz und Mitwirkungsbereitschaft bei den regionalen und lokalen Akteuren zu gewährleisten.

Raumordnung und Regionalpolitik verfolgen deshalb zunehmend informelle, kooperative, partizipatorische und vor allem umsetzungsorientierte Ansätze als Ergänzung des klassischen Instrumentariums. Dies findet sich auch in den Ausführungen des Bundesraumordnungsgesetzes von 1997²³ oder auf Schleswig-Holstein bezogen im Landesentwicklungsgrundsätzegezet²⁴ und im Landesraumordnungsplan²⁵ wieder, wo Instrumente zur Verbesserung der Zusammenarbeit vorgeschlagen werden.

Die (von der EU) für ein IKZM empfohlenen Grundsätze decken sich weitgehend mit dieser Entwicklung.

Insoweit bietet es sich an, die in der Raumordnungspolitik in Schleswig-Holstein bereits angelegten informellen Ansätze modellhaft für ein IKZM einzusetzen.

3.4 Immanente Grenzen eines IKZM

Man muss sich bei der Konzeption eines realistischen IKZM bewusst sein, dass kein Modell – wie breit Integration und Partizipation auch angelegt werden – die zugrunde liegenden Konflikte auflösen kann. Dies gilt insbesondere, wenn es nicht um die „wissenschaftliche“ Formulierung eines Modells, sondern um seine praktische politische Implementierung geht.

Was erreicht werden kann und muss, ist eine ausgeglichene Information aller handelnden Akteure und aller Betroffenen über die Wirkungszusammenhänge unterschiedlicher Entwicklungen im Küstenbereich sowie auf dieser Basis eine Berücksichtigung dieser Zusammenhänge bei allen Planungen und Maßnahmen. Auch insoweit unterscheiden sich die Bedingungen für ein IKZM nicht grundsätzlich von anderen komplexen Problemlagen der Raumentwicklung.

Wenn man diese Prämisse akzeptiert, ist es folgerichtig, nicht den Entwurf eines „neuen“ Idealmodells zu versuchen, sondern zu prüfen, welche bewährten Verfahren für die spezifischen Fragestellungen des Küstenbereichs eingesetzt werden können.

²³ ROG § 13 f.

²⁴ Gesetz zur Neufassung der Landesentwicklungsgrundsätze vom 31. Oktober 1995 (GS Schl.-H. 11, Gl.Nr 230-3).

²⁵ DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (1998a), S. 10 ff.

4 Ableitung eines Grundmodelles für ein IKZM

4.1 Anspruch an ein IKZM-Konzept

IKZM ist ein umfassendes, flexibles, integriertes und zukunftsfähiges Planungs- bzw. Managementsystem, das die Möglichkeit bietet, problembezogen zu handeln und langfristige Lösungsansätze zu entwickeln²⁶. Es schließt die Gedanken und Zielsetzungen unterschiedlicher übergeordneter Programme und Empfehlungen ein und bildet so die Grundlage zu deren Umsetzung im Küstenraum²⁷. IKZM ist als ein ständig fortschreitender Prozess eines räumlichen Managements bzw. räumlicher Planung zu verstehen, in dessen Zentrum ein intensiver Dialog zwischen allen Beteiligten und deren alltäglichen Bedürfnissen steht²⁸. Die Philosophie des IKZM besteht auch darin langfristige Ziele durch eine Veränderung der Einstellung der Akteure zu sichern. Auf diese Weise wird sichergestellt, dass nicht nur die Symptome kuriert werden, sondern bereits an systemsteuernden Elementen²⁹ angesetzt wird.

Die Aufgaben eines IKZM lauten, analog dem Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung:³⁰

1. Schutz der Bevölkerung vor extremen Naturereignissen,
2. Planung und Management der verschiedenen Nutzungen, insbesondere auch der ökonomischen, sowie
3. Schutz des Ökosystems und seiner vielfältigen Funktionen.

4.2 Bestandteile eines Grundmodells für ein IKZM

Ein vollständiges IKZM basiert auf einigen entscheidenden Säulen³¹. Zunächst müssen für eine Entscheidungsbasis in einer Bestandserhebung die konkreten Fragestellungen, die relevanten Akteure, bestehende Konflikte sowie vorhandene Entwicklungspotenziale erfasst werden (vgl. Anhang 3).

In der Bewertung des vorhandenen Planungs- und Rechtsinstrumentariums sollte auch eine Übersicht über gesellschaftliche und politische Vorgaben sowie den gesetzlichen und planerischen Rahmen enthalten sein. Die Aufstellung von Entscheidungsregeln und -verfahren dient der Sicherstellung von Transparenz und Fairness.

Die Definition des Betrachtungsraumes ist im Einzelfall unter Beachtung der besonderen Fragestellung und sämtlicher sektoraler Interessen vorzunehmen. Ebenso verhält es sich mit der Formulierung der konkreten Inhalte eines IKZM-Konzeptes.

Zudem müssen Instrumente eingesetzt werden, die die Langfristigkeit und die Kontinuität des Prozesses garantieren. Die Vernetzung der relevanten Akteure ist Grundlage für das Funktionieren, die Vollständigkeit und die Akzeptanz des IKZM-Prozesses. Begleitend zum Planungs- und Entscheidungsprozess sind Aus- und Weiterbildung, Forschung und Öffentlichkeitsarbeit sowie das Vorhandensein von Fachinformationen als sachliche Grundlage für Analyse und Bewertung notwendige Komponenten für ein umfassendes IKZM.³²

Aufgrund der Länge der schleswig-holsteinischen Küste und der Komplexität ihrer natürlichen Systeme sowie der auf sie wirkenden Nutzungsansprüche ist es sinnvoll, sich in einem modellhaften Ansatz zur Umsetzung einer IKZM-Strategie auf räumliche und sachliche Schwerpunkte zu konzentrieren.

²⁶ NORCOAST (2000), S. 13; KANNEN, A. (2000), S. 32

²⁷ GEE, K.; A. KANNEN UND H. STERR (2000), S. 17;
AGENDA 21, Kapitel 17; Helsinki-Convention; Trilateral Wadden Sea Cooperation etc.

²⁸ KANNEN, A.; K. GEE; E. ULICH UND E. SCHNEIDER (2000)

²⁹ KANNEN, A. (2000), S. 163

³⁰ KANNEN, A. (2000), S. 34 ff.

³¹ vgl. KANNEN, A. (2000), S. 161 f.

³² KANNEN, A. (2000), S. 157 und 160

5 Handlungsbedarfe und Empfehlungen für die Einrichtung eines IKZM in Schleswig-Holstein

5.1 Das IKZM als Querschnittsaufgabe der Landesregierung in Schleswig-Holstein

Nutzungsüberschneidungen im Bereich der schleswig-holsteinischen Küste, die Tatsache unklarer Planungskompetenzen sowie die große wirtschaftliche, ökologische, soziale und kulturelle Bedeutung der Küste macht die Integration dieses Raumes in das bestehende Planungssystem zwingend notwendig. Es besteht dabei vor allem die Notwendigkeit, den Einfluss der Planungsinstrumente über die Küstenlinie hinaus seewärtig auszudehnen, um auch in Zukunft handlungsfähig zu bleiben bzw. eine Basis für kurzfristige, problemlösungsorientierte Entscheidungen zu schaffen.

Die neuartige Sichtweise zwingt dazu, interdisziplinäre und interterritoriale Lösungen für küstenbezogene Fragestellungen zu suchen und in bestehende Planungsinstrumente zu integrieren. Eine gesetzliche Grundlage und klare Kompetenzzuweisung für die Anwendung von IKZM-Steuerungsinstrumenten muss auf dieser Grundlage geschaffen werden.

Empfehlungen

Einordnung IKZM auf Landesebene

Das Land Schleswig-Holstein sollte den Prozess eines IKZM in einer Führungsrolle aktiv einleiten und begleiten. Dazu gehört auch eine institutionelle Verankerung auf Landesebene. Um dem sektorübergreifenden Anspruch gerecht zu werden, sollte eine Arbeitseinheit in dem für Landesplanung zuständigen Ministerium als Koordinationsstelle wirken. Im Sinne des Gegenstromprinzips ist eine solche Stelle auch für den Austausch zwischen Landesebene, IMAG und lokalen/ regionalen Stellen verantwortlich.

Interministerielle Arbeitsgruppe

Die sektoralen Aktivitäten auf Landesregierungsebene sollten in einer interministeriellen Arbeitsgruppe (IMAG) zur Integration der Fachressorts zusammengeführt werden. Ein solches Gremium stellt sicher, dass bei der Erarbeitung eines IKZM Konzeptes sowie bei der späteren Umsetzung von Planungen und Maßnahmen die Belange aller Fachbereiche berücksichtigt werden.

Innerhalb der betroffenen Fachressorts sollte jeweils eine für das Querschnittsthema Küste zuständige Arbeitseinheit bestimmt werden, um innerhalb der Landesregierung und auch auf den anderen Ebenen kurze Kommunikationswege zu schaffen.

Landesraumordnungsplan und Regionalpläne³³

Das Instrument des IKZM sollte in den Landesraumordnungsplan Schleswig-Holstein³⁴ aufgenommen werden. Im Kapitel 3.2 „Entwicklung der Regionen und interkommunale Zusammenarbeit“ werden neue Formen und Instrumente der regionalen Kooperation dargestellt, wobei die Küstenregionen noch keine eigenständige Berücksichtigung in den Grundsätzen finden. Wir schlagen vor, folgende Formulierung in den geltenden Landesraumordnungsplan einzuarbeiten:

„Zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung der Küstenregionen soll ein integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) etabliert werden. Auf der Basis eines breiten gesellschaftlichen Dialogs und einer sektorübergreifenden Herangehensweise sollen mit Hilfe geeigneter Instrumente die wirtschaftlichen Potenziale genutzt, die Funktionsfähigkeit des kulturellen

³³ Anmerkung: Vergleichbare Absichten sind aus Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen bekannt.

³⁴ DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (1998 a)

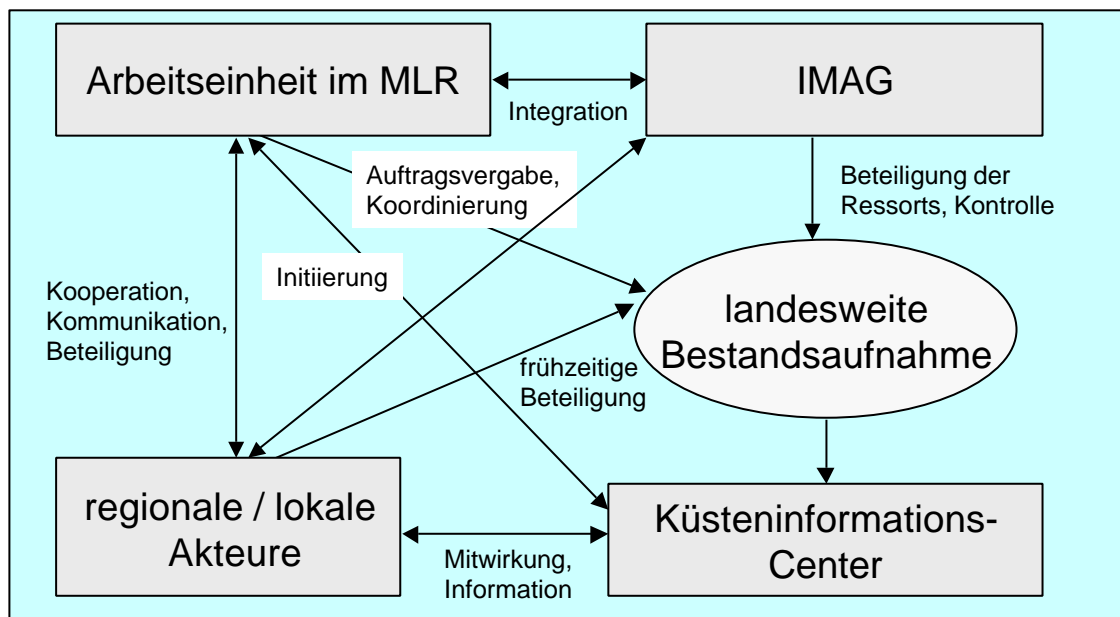
und sozialen Systems gesichert sowie die Grundlagen des natürlichen Lebens bewahrt werden. Es sollen Kommunikations- und Kooperationsstrukturen geschaffen werden, die sicherstellen, dass orientiert an natürlichen Bedingungen der Küsten oder themenbezogenen Vorsorge getroffen werden kann.“

In den Regionalplänen sollte dieser Grundsatz unter Kapitel 3 „Ausgangslage, Entwicklungstendenzen, regionale Leitlinien“ aufgegriffen und im Zusammenhang mit sektorbezogenen Aussagen konkretisiert werden.

Landesweite Bestandsaufnahme

Von der Landesregierung sollte zur Einleitung eines IKZM-Prozesses unter Beteiligung der lokal Betroffenen eine Bestandsaufnahme durchgeführt werden. Dabei sind die Küstenakteure und Nutzungen zu erfassen sowie mögliche Konflikte oder bestehende Defizite und Entwicklungspotenziale zu ermitteln. Dazu gehört auch eine Darstellung aus Sicht der Ressorts. Die Bestandsaufnahme kann beispielsweise mit Hilfe eines Regionalen Entwicklungskonzeptes erfolgen, wobei gleichzeitig Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsoptionen aufgezeigt werden.

Grafik 2: Organisations- und Kommunikationsstrukturen für die landesweite Einrichtung eines IKZM



5.2 Kommunikations- und Informationsstrukturen

Die Optimierung von Planungsabläufen und die Vorbeugung gegenüber Konflikten bedingt den Aufbau funktionierender Kommunikations- und Informationsstrukturen. Das Kommunizieren von Wissen und Bedürfnissen muss Bestandteil zukunftsfähiger Planungen werden. Dazu gehört die Beschaffung und Bereitstellung von Information, vor allem aber auch deren Zugänglichkeit und Verständlichkeit.

Die fehlende Übersicht über küstenbezogene Datenbestände stellt ein grundlegendes Problem, auch in Schleswig-Holstein, dar. Es besteht kein zentraler Datenpool oder eine entsprechende Auskunftsstelle. Durch eine umfassende Information können Doppelarbeit vermieden oder Wissenslücken geschlossen werden.

Empfehlungen

Einführende Informationsveranstaltung

Entscheidet sich die Landesregierung, ein IKZM zu initiieren, ist es zu empfehlen, frühzeitig eine einführende landesweite Informationsveranstaltung durchzuführen, um bereits im Vorwege sämtliche Schlüsselakteure der Küstenbereiche einzubeziehen und um der Idee ein höheres Gewicht und auch eine größere Öffentlichkeitswirksamkeit zu geben. Hierbei sollte Wert auf eine professionelle Durchführung gelegt werden. Es ist sinnvoll auf die zwei Konferenzen der Universität Kiel im Jahre 1999³⁵ zum Thema IKZM sowie auf das Seminar des Projektes PROCOAST im Jahre 2000³⁶ aufzubauen. Bei diesen Workshops waren bereits verschiedene schleswig-holsteinische Akteure anwesend. Externe Vorträge haben die Inhalte, die Vorteile und Anforderungen eines IKZM deutlich gemacht.

Von hoher Bedeutung sind des Weiteren regionale Veranstaltungen, die jeweils die Akteure an Nord- und Ostsee zusammenbringen. Ziel ist die Information über die Beweggründe für den Einstieg in einen IKZM-Prozess und die Vorstellung von Vor- und Nachteilen sowie der spezifischen Anforderungen. Der Termin muss deutlich machen, dass es sich hierbei um ein Angebot zur Verbesserung der Zusammenarbeit und der Abstimmung zwischen lokalen bzw. regionalen Akteuren und der Landesregierung handelt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der Möglichkeit, bereits innerhalb einer Region gemeinsam mit allen beteiligten Nutzer- und Interessensgruppen einen Konsens bei raumbezogenen Planungen und Maßnahmen erarbeiten zu können.

Informationssysteme

Es wird empfohlen, eine Metadatenbank aufzubauen, die Informationen über für den Küstenbereich vorhandene Daten bereit hält. Der Zugang zu vorhandenen Informationen wird auf die Weise erleichtert. Im Zuge dieser Maßnahme muss gleichzeitig ein Raster erarbeitet werden, das die für Küstenplanungen bedeutsamen Informationen benennt und so auch auf noch fehlende Informationen hinweist.

Die Zugänglichkeit und die Verständlichkeit von Daten für den Küstenbereich müssen in Zukunft verbessert werden. Das bedeutet, dass keine hohen Kosten entstehen sollten und dass die Daten im Idealfalle für jedermann nachvollziehbar sein sollten.

Funktionierende Informationssysteme bieten eine Grundlage zur besseren Bewertung von raumbedeutsamen Planungen und Entscheidungen.³⁷

In diesem Gesamtzusammenhang sollte auch der Bund aufgefordert werden, für alle Küstenländer gemeinsam ein Informationspool aufzubauen. Solche Ansätze existieren beim Bundesamt für Seeschifffahrt und Hydrografie (BSH) oder beim GKSS. Diese Aufgabe könnte insbesondere ein Gegenstand der laufenden Raumbewertung durch das BBR sein. Außerdem sollte die Zusammenarbeit sowohl in der Metropolregion Hamburg (mit Hamburg und Niedersachsen) als auch insbesondere im INTERREG II C – Projekt STRING genutzt werden, um die Möglichkeiten einer grenzüberschreitenden Informationsbasis zu überprüfen.

³⁵ vgl. GEE, K.; A. KANNEN UND H. STERR (2000)

³⁶ vgl. PROCOAST (2000b)

³⁷ Anmerkung: In Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise baut das Staatliche Amt für Umwelt und Natur (StAUN), Abteilung Küste, ein Geographisches Informationssystem als Bestandteil eines Küstenzonenmanagements auf (Tiepold, L.: Tagung „Integriertes Küstenzonenmanagement: Perspektiven für Konfliktlösungen bei vielfältigen Ansprüchen an die Ressourcennutzung der Küste Schleswig-Holsteins“ am 29. September 1999 in Kiel)

Internet

In Schleswig-Holstein sollte kurzfristig mit dem Aufbau einer IKZM-Internetplattform³⁸ begonnen werden. Die Plattform kann die Basis zur Bündelung aller küstenrelevanten Informationen sein und der Verknüpfung bestehender Homepages dienen. Basisinformationen und Berichte über neueste Entwicklungen bringen die Nutzer auf einen aktuellen Wissensstand.

Diese Plattform sollte auch der Eingang zu einem Diskussionsforum und einer Projektbörse sein, in dem online küstenspezifische Fragestellungen behandelt und neue Ideen initiiert werden können.

Küsteninformations-Center

Ein Küsteninformations-Center sollte eine Mischung darstellen aus Ausstellung für die Öffentlichkeit, Kristallisationspunkt interessierter und betroffener Akteure des Küstenbereiches und Ausgangsbasis für innovative Prozesse. Bei einer langfristigen Etablierung eines IKZM kann eine solche Institution eine bedeutende Rolle spielen.³⁹

Grundlage dafür ist einerseits die Sammlung und Bereitstellung von Informationen und Daten über Aktivitäten bezüglich einer nachhaltigen Entwicklung der Küste. Andererseits kann eine solche Einrichtung auch mit Hilfe des Internets, einer Schriftenreihe oder der Organisation von Veranstaltungen einen wirksamen Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit, Aus-/Weiterbildung und Einbeziehung der Bevölkerung leisten und damit zum Bestandteil eines landesweiten bzw. nationalen IKZM-Netzwerkes werden.⁴⁰

Langfristig gesehen kann ein solches Center zusätzlich mittels Personal⁴¹ und konzentriertem Fachwissen Unterstützung bei der Entwicklung und Umsetzung von IKZM-Planungen und Maßnahmen sowie der Auswahl von Planungsinstrumenten bereitstellen. Außerdem bietet sich hier die Möglichkeit, in Zusammenarbeit mit Bildungseinrichtungen bzw. Hochschulen ein spezifisches Aus- und Weiterbildungsangebot für die in diesem Bereich tätigen Akteure zu schaffen.

In der Landeshauptstadt Kiel ist der Aufbau eines maritimen Zentrums geplant, das die genannten Anforderungen erfüllen könnte.

5.3 Beteiligungsinstrumente

Die bisher üblichen Planungsabläufe sehen die Beteiligung betroffener Akteure zum Zeitpunkt konkreter Planungsabsichten vor. Die Betroffenen werden dabei mit bereits konkreten Entscheidungen oder Vorschlägen konfrontiert (Bsp. Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer⁴²), ohne die Möglichkeit gehabt oder erkannt zu haben, bereits bei deren Erarbeitung mitwirken zu können. Das heutige Planungsverständnis und die Komplexität küstenbezogener Fragestellungen erfordern neue, frühzeitig ansetzende Methoden, bei denen vermehrt Wert auf vorbeugende und einstellungsverändernde Vorgehensweisen gelegt wird. Es besteht die Notwendigkeit, in partizipativen Ansätzen die Meinungen aller relevanten Interessengruppen einzubeziehen und damit Engagement und Verantwortung hervorzurufen sowie Vertrauen aufzubauen. Am Ende sollen politisch tragbare und besser umsetzbare Lösungen stehen, ohne Kompromisse eingehen zu müssen⁴³.

³⁸ Anmerkung: Vergleichbar dem InfoNet-Umwelt Schleswig-Holstein (<http://www.umwelt.schleswig-holstein.de>)

³⁹ Anmerkung: bisherige Ansätze in Schleswig-Holstein: K.E.R.N.-Arbeitskreis Integriertes Küstenzonenmanagement/ Landeshauptstadt Kiel: „Scientainment Centre“; Multimar Wattforum, Tönning; Sealife-Centre, Timmendorfer Strand; außerdem Naturschutzstationen und integrierte Stationen

⁴⁰ Anmerkung: Beispiel aus den Niederlanden: The Coastal Zone Management Centre, angesiedelt am National Institut for Coastal and Marine Management (RIKZ)

⁴¹ Anmerkung: sog. „Kümmerer“ oder Regionalberater (vgl. Ziff. 5.5 „Projektmanagement“)

⁴² STOCK, M. et al. (1995); KANNEN, A. und K. GEE (1998); KANNEN, A.; K. GEE; E. ULICH und E. SCHNEIDER (2000)

⁴³ Anmerkung: sogenannte ‚win-win-Lösung‘, vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION (1999a), S. 13

Ein gelungener Ansatz ist die Umsetzung eines integrierten Küstenschutzmanagements mit der Zielsetzung, einen sicheren Lebens- und Wirtschaftsraum an den Küsten zu schaffen⁴⁴. In diesem Zusammenhang kam es auch zur Bildung eines Beirates „Integriertes Küstenschutzmanagement“ zur Beteiligung der schleswig-holsteinischen Akteure an der Küstenschutzplanung.

Gerade auch auf regionaler bzw. lokaler Ebene findet eine Koordination sektoraler Aktivitäten bisher kaum statt. Dabei werden hier die verschiedenen Nutzungskonflikte am stärksten virulent und wirken sich unmittelbar auf die ökonomischen, sozialen und ökologischen Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger aus.

Der Bedarf an Kooperation findet sich in erster Linie in den Bereichen Küstenschutz, Naherholung, Tourismus, Umwelt- und Naturschutz, Ressourcennutzung sowie Wirtschaftsförderung. Ein Schwerpunkt liegt vor allem in flächenhaften Entwicklungen im Küstenbereich, da sich hier konkurrierende Nutzungsansprüche häufen.

Die Vernetzung der relevanten Akteure ist Grundlage für das Funktionieren, die Vollständigkeit und die Akzeptanz des IKZM-Prozesses. Begleitend zum Planungs- und Entscheidungsprozess kann ein Netzwerk die für ein umfassendes IKZM notwendigen Komponenten Aus- und Weiterbildung, Forschung und Öffentlichkeitsarbeit koordinieren. Gleichzeitig entsteht ein Milieu zur Bildung von Kooperationen.

Empfehlungen

Beirat „Integriertes Küstenzonenmanagement“

Trotz des damit verbundenen Mehraufwands wird die Einrichtung eines Beirates „Integriertes Küstenzonenmanagement“ bzw. die Erweiterung eines bestehenden Beirates empfohlen. Die existierenden Gremien wie der Beirat „Integriertes Küstenschutzmanagement“ und Beirat für Tourismus sind sektoral orientiert. In den Nationalparkkuratorien Nordfrieslands und Dithmarschens sind alle relevanten Akteure vertreten. Ähnlich dieser Besetzung sollten insbesondere folgende Institutionen vertreten sein: MLR, MWTV, MUNF, Landkreistag, Gemeindetag, Städtebund, IHK, Politik sowie Vereine und Verbände. Auf diese Weise würde eine breite, frühzeitige und effektive Beteiligung bei küstenbezogenen Planungen und Maßnahmen garantiert.

Lokale / regionale Aktionsgruppen

Die Beteiligung lokaler bzw. regionaler Akteure kann über Aktionsgruppen oder Foren sichergestellt werden.⁴⁵ Diese dienen dem Austausch, der Information und der Abstimmung der betroffenen Gruppen. So wird auch eine Grundlage für die Vernetzung der bestehenden Institutionen und relevanten Akteure geschaffen. Diese führt zusätzlich zur Entstehung eines Milieus in dem kreative und innovative Prozesse in Gange gesetzt und aufrecht erhalten werden. Für den Erfolg ist dabei entscheidend, dass diese Gruppen nicht zu einer neuen außerparlamentarischen Opposition werden, sondern dass sie aktiv in den politischen Meinungsbildungsprozess einbezogen und von der Landesregierung als informeller Gesprächspartner angesehen werden.

⁴⁴ PROBST, B. (1998), S. 3 ff.

⁴⁵ Anmerkung: Beispiele aus Großbritannien:

„Dart-Forum“ (offenes Netzwerk zur Erstellung eines Managementplanes von Verwaltung und nichtstaatlichen Organisationen);

„Colne Estuary Strategy“, Essex (Entwicklung einer Strategie zur Vermeidung von Konflikten <http://www.essexcc.gov.uk/enviro/ruralstrategy/default.htm>);

„Moray Firth Partnership“, Schottland (lokales Netzwerk zur nachhaltigen Küstenentwicklung, <http://www.morayfirth-partnership.org>)

Sensitivitätsanalyse

Es sollte geprüft werden, auf welche Fallkonstellationen die im Rahmen des „Integrierten Küstenschutzkonzeptes der Gemeinden Timmendorfer Strand / Scharbeutz“ angewandte Sensitivitätsanalyse übertragen werden kann.⁴⁶

5.4 Abstimmung mit Nachbarn

Küstenspezifische Fragestellungen orientieren sich nicht an administrativen Grenzen. Beispiele hierfür sind unter anderem das Katastrophenmanagement, die Planung von Offshore-Windparks und die Einrichtung von Schutzgebieten. Die Abstimmung mit den direkten Nachbarn ist eine notwendige Voraussetzung für eine koordinierte Entwicklung der Küstenzone.

Empfehlungen

Schleswig-Holstein sollte zur Abstimmung der küstenbezogenen Planungen und Maßnahmen sowie zum regelmäßigen Austausch von Informationen mit seinen benachbarten Bundesländern Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen sowie mit dem angrenzenden Dänemark bestehende Kommunikationsstrukturen nutzen oder neue aufbauen. Darüber hinaus müssen die bestehenden Strukturen, wie die verschiedenen Ostseekooperationen oder im Bereich der Nordsee die Vereinbarungen zur trilateralen Wattenmeer Kooperation genutzt werden.

5.5 Regionale Umsetzungsinstrumente

Unbeschadet der Notwendigkeit, auf Landesebene Zuständigkeiten, Ziele, Informationsbasis und Beteiligungsverfahren für ein IKZM zu gewährleisten, erscheint es unrealistisch, eine effektive Vorsorge und ein effektives Management einschließlich einer sachgerechten Partizipation bei den differenzierten Gegebenheiten und Betroffenheiten landesweit einheitlich zu organisieren. Neben der bereits unter Ziffer 5.1 empfohlenen Aufnahme in die Regionalpläne sollte deshalb auch für das Umsetzungsmanagement eine regional gegliederte Vorgehensweise unter entsprechendem Einsatz neuerer informeller Instrumente vorgesehen werden.

Empfehlungen

Gebietsentwicklungsplanungen

Entsprechend seiner bisherigen Anwendung als integriertes, flächenorientiertes Entwicklungskonzept in Verbindung mit Stadt- und Umlandbereichen, könnte dieses Instrument auch im Küstenbereich zum Einsatz kommen bzw. die Belange der Entwicklung der Küsten berücksichtigen. Der Bedarf einer geordneten Siedlungs- und Freiraumentwicklung ergibt sich auch in den Ordnungsräumen für Tourismus und Erholung und in den Räumen mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft entlang des schmalen Küstensaumes.

Regionale Entwicklungskonzepte

Zur Umsetzung der Ziele des IKZM sollten u.a. Regionale Entwicklungskonzepte eingesetzt werden, die neben der herkömmlichen räumlichen Abgrenzung auch die Belange zu Wasser behandeln. Damit wird nicht nur den Ansprüchen der EU (s. Kapitel 2) entsprochen, Bestandsaufnahmen (Ermittlung Akteure und Nutzungsinteressen sowie Zusammenstellung der Rahmenbedingungen und Zuständigkeiten) durchzuführen sowie Entwicklungspotenziale

⁴⁶ Kaul, J.-A. und C. REINS (2000): S. 9

und Handlungserfordernisse für den Küstenbereich aufzuzeigen, sondern vor allem ein Instrument gewählt, das eine breite Partizipation (mit Regionalkonferenzen und Zukunftswerkstätten) konsequent auf konkrete Umsetzungsbedarfe orientiert.

LSE für Küstenbereiche

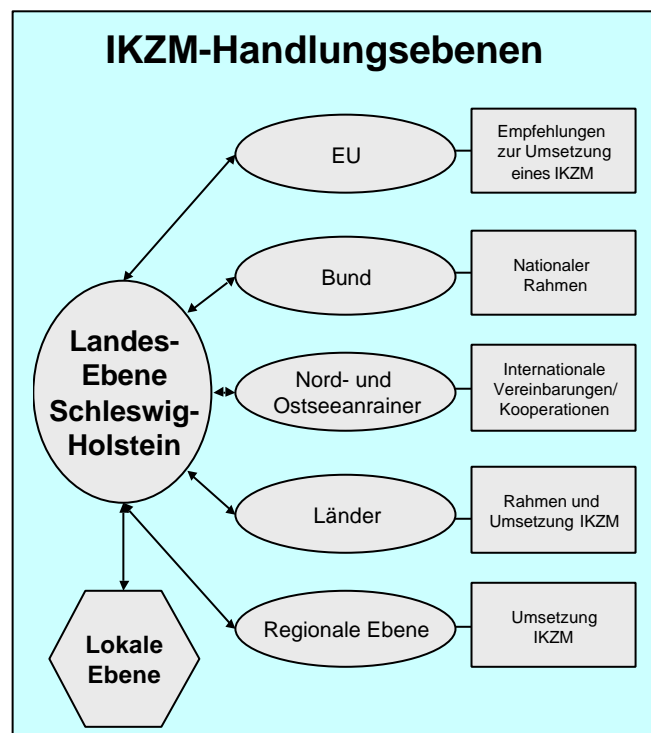
Ein spezifisch schleswig-holsteinisches Instrument, das letztlich alle für ein IKZM formulierten Anforderungen erfüllt, ist die Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse (LSE) in ihrer heutigen Ausrichtung. Es empfiehlt sich, dieses Instrument modellhaft für eine zukunftsfähige Entwicklung im Küstenraum einzusetzen. Entscheidend dabei wird sein, dass auf Landesebene die Landesplanung von vornherein intensiv in den LSE-Prozess einbezogen wird.

Projektmanagement

Zur Planung und Umsetzung konkreter Projekte sollte landesweit ein Rahmen erarbeitet werden, der Hilfestellung und Informationen bezüglich einer integrierten Betrachtungs- und Herangehensweise bietet. Die Ausgestaltung und der Umfang eines Projektmanagements ergibt sich im Einzelfall. Es bietet sich an, einen sogenannten „Kümmerer“ zu beschäftigen, der für das regionale Projektmanagement zuständig ist und einzelne Projekte von der Entstehung über die Beschaffung von Fördermitteln bis zur Fertigstellung betreut.

5.6 IKZM-Handlungsebenen und räumliche Clusterbildung

Die Entwicklung eines leistungsfähigen IKZM dürfte die „Festlegung“ homogener Küsten-Teilräume voraussetzen, die über eine vergleichbare Problemlage und einen überschaubaren Akteurskreis verfügen. Ein gültiger Zuschnitt solcher Teilräume kann nur in einem regionalen Dialog erfolgen. Immer gilt dabei aber, dass der Betrachtungsraum je nach Fragestellung variiert.



Empfehlungen

Als Einstieg in eine Einteilung in „homogene“ Küstengebiete sollten zunächst modellhaft Gebiete mit laufenden Entwicklungen ausgewählt werden.

Makro-Ebene

Um der Komplexität des Systems Küste gerecht zu werden, muss längerfristig auch eine übergeordnete Betrachtungsebene gewählt werden:

- Nordsee

Für das Gebiet des Wattenmeeres haben die drei Nordseeanrainer Niederlande, Dänemark und Deutschland eine trilaterale Wattenmeer Kooperation unterzeichnet. Auf dieser Ebene sollte ein IKZM etabliert werden. Mit dem Common Wadden Sea Secretariat (CWSS) besteht bereits eine institutionelle Einrichtung.

- Trilateraler Wattenmeerplan
- Wattenmeer als Welterbe
- Zusammenarbeit im Katastrophenmanagement

- Ostsee

Ostseekooperationen haben für Schleswig-Holstein eine wachsende Bedeutung. Das „Entwicklungskonzept Südliche Ostsee“ (STRING) trägt zur regionalen Vernetzung bei. Zugleich werden regionale Visionen und Strategien für den Ostseeraum entwickelt (VASAB 2010)⁴⁷ und die HELCOM⁴⁸ gibt Empfehlungen zur langfristigen Entwicklung und zum Schutz der Meeresgebiete ab. Das laufende INTERREG II C – Projekt PROCOAST⁴⁹ hat nicht zuletzt die Umsetzung dieser Empfehlungen zum Ziel. Mit einer Erweiterung auf alle Belange eines IKZM sollte eine Fortsetzung des Projektes unter INTERREG III angestrebt werden.

Meso-Ebene

Ansatzpunkte für eine Umsetzung eines IKZM bieten sich zunächst in ausgewählten, meist administrativ orientierten Bereichen wie z.B.

- der K.E.R.N.-Region⁵⁰, in der vorhandene Strukturen eine gute Voraussetzung bilden,
 - Themen:
 - Hafen
 - Maritime Wirtschaft
 - Konversion
 - Küstenschutz
 - Nord-Ostsee-Kanal
 - Tourismus
 - Fischerei
 - Aquakulturen
 - Militärische Nutzung
 - Naturschutz
- und/oder die kreisfreie Stadt Flensburg und der Kreis Schleswig-Flensburg im Anschluss an das dort vorhandene REK für den Festlandsbereich⁵¹,
 - Themen:
 - Hafen
 - Maritime Wirtschaft
 - Konversion
 - Tourismus
 - Fischerei
 - Aquakulturen
 - Militärische Nutzung
 - Naturschutz

⁴⁷ <http://www.vasab.org.pl/front.html>

⁴⁸ <http://www.helcom.fi/>

⁴⁹ <http://www.schleswig-holstein.de/landsh/mlr/kuestenschutz/kuestenschutz7.html>

⁵⁰ Anmerkung: Für den Bereich K.E.R.N. liegt ein Projektvorschlag vor: K.E.R.N.-Arbeitskreis Integriertes Küstenzonenmanagement (2000); INSTITUT RAUM & ENERGIE (Hrsg.) (1997)

⁵¹ INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (Hrsg.) (1999)

- in Ostholstein in Verbindung mit dem Kreisentwicklungskonzept „RegiOH“ und in Lübeck mit dem REK, die sich gerade in der Entstehung befinden, und die Fortschreibung des Regionalplans für den Planungsraum II, kreisfreie Stadt Lübeck und Kreis Ostholstein,

Themen:

 - *Tourismus*
 - *Hafen*
 - *Maritime Wirtschaft*
 - *Fischerei*
 - *Verkehr*
 - *Konversion*
 - *Offshore-Windenergiepark*
 - *Küstenschutz*
 - *Militärische Nutzung*
 - *Naturschutz*
- im Bereich der Elbmündung und Nordseeküste im Zuge der Fortschreibung des Regionalplans für den Planungsraum IV, Kreise Dithmarschen und Steinburg.

Themen:

 - *Küstenschutz*
 - *Hafen*
 - *Nord-Ostsee-Kanal*
 - *(Maritime) Wirtschaft*
 - *Fischerei*
 - *Elbvertiefung*
 - *Tourismus*
 - *Offshore-Windenergiepark*
 - *Militärische Nutzung*
 - *Naturschutz*

Mikro-Ebene

- Fehmarn

Für einen kleinräumigeren Ansatz erscheint in der Ostsee beispielsweise die Insel Fehmarn geeignet, die bereits ein integriertes Inselschutzkonzept erstellt hat und aktuell die Durchführung einer LSE prüft sowie von der Fehmarn-Belt-Querung besonders betroffen wird.

Themen:

 - *Sportboothäfen*
 - *Tourismus*
 - *Küstenschutz*
 - *(Maritime) Wirtschaft*
 - *Fischerei*
 - *Fehmarn-Belt-Querung*
 - *Fährverkehr (Arbeitsplätze)*
 - *Windenergie*
 - *Naturschutz*
- Timmendorfer Strand / Scharbeutz

Die Gemeinden Timmendorfer Strand und Scharbeutz entwickeln derzeit gemeinsam mit dem Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus und dem Amt für ländliche Räume Kiel ein „Integriertes Küstenschutzkonzept“. Die vorhandenen Daten und Kartierungen sowie die durchgeführte Öffentlichkeitsbeteiligung bilden eine Grundlage für ein umfassendes IKZM.

Themen:

- Küstenschutz
- Tourismus
- (Maritime) Wirtschaft
- bauliche Entwicklung
- Naturschutz

- Inseln der EUREGIO „The Wadden“

Die Wattenmeerinseln der Niederlande, Dänemarks und Deutschlands haben sich zu einer EUREGIO zusammengeschlossen.

Themen:

- Küstenschutz
- Tourismus
- Wirtschaft und Landwirtschaft
- Fischerei
- Offshore-Windenergiepark
- Militärische Nutzung
- Naturschutz

- Eiderstedt

Die Halbinsel Eiderstedt bietet sich aufgrund der langen Küstenlinie und der vorhandenen vielfältigen Nutzungsinteressen als Betrachtungsraum an.

Themen:

- Küstenschutz
- Tourismus
- Wirtschaft und Landwirtschaft
- Fischerei
- Kulturlandschaft
- Offshore-Windenergiepark
- Militärische Nutzung
- Naturschutz

5.7 Bildung und Forschung

Aus- und Weiterbildung sowie wissenschaftliche Begleitforschung sind eine Säule im Rahmen eines IKZM. Schleswig-Holstein besitzt in diesem Bereich mit der Christian-Albrechts-Universität und deren Einrichtungen, mit diversen Bildungs- und Informationszentren sowie mit einer qualifizierten privaten Forschungslandschaft bereits umfassende Kompetenzen. Es besteht in Schleswig-Holstein, wie auch bundesweit, ein Bedarf zum Ausbau dieser Kompetenzen.

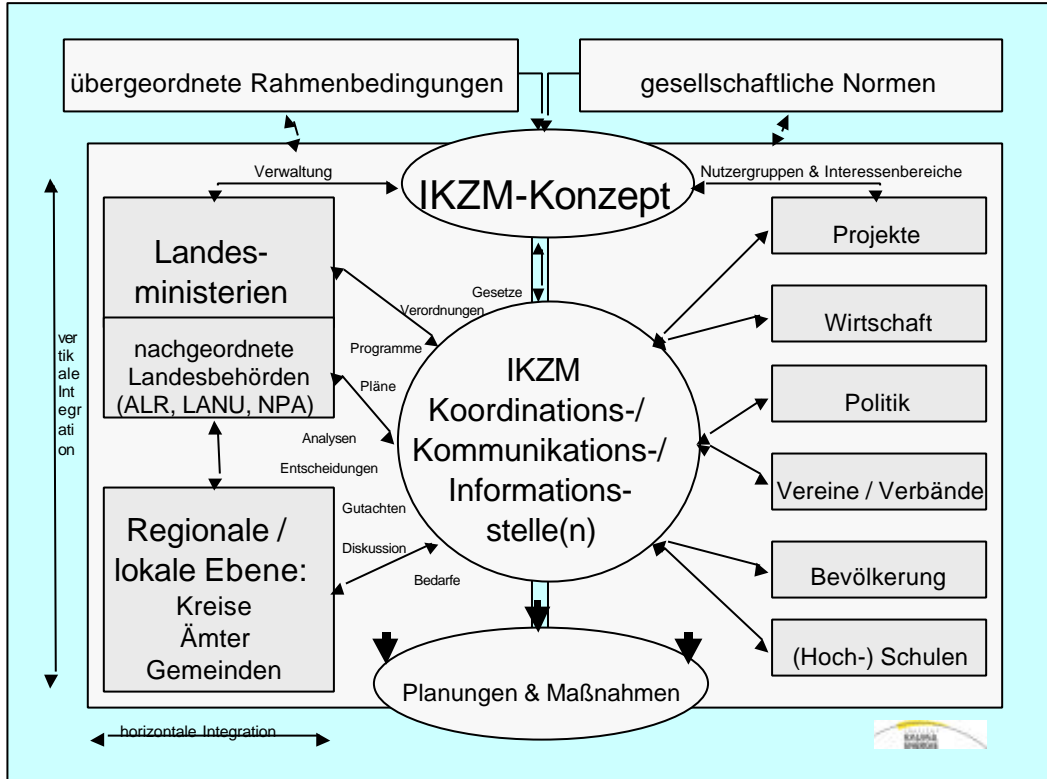
Empfehlung

Fachbeirat „Integrierte Küstenforschung“

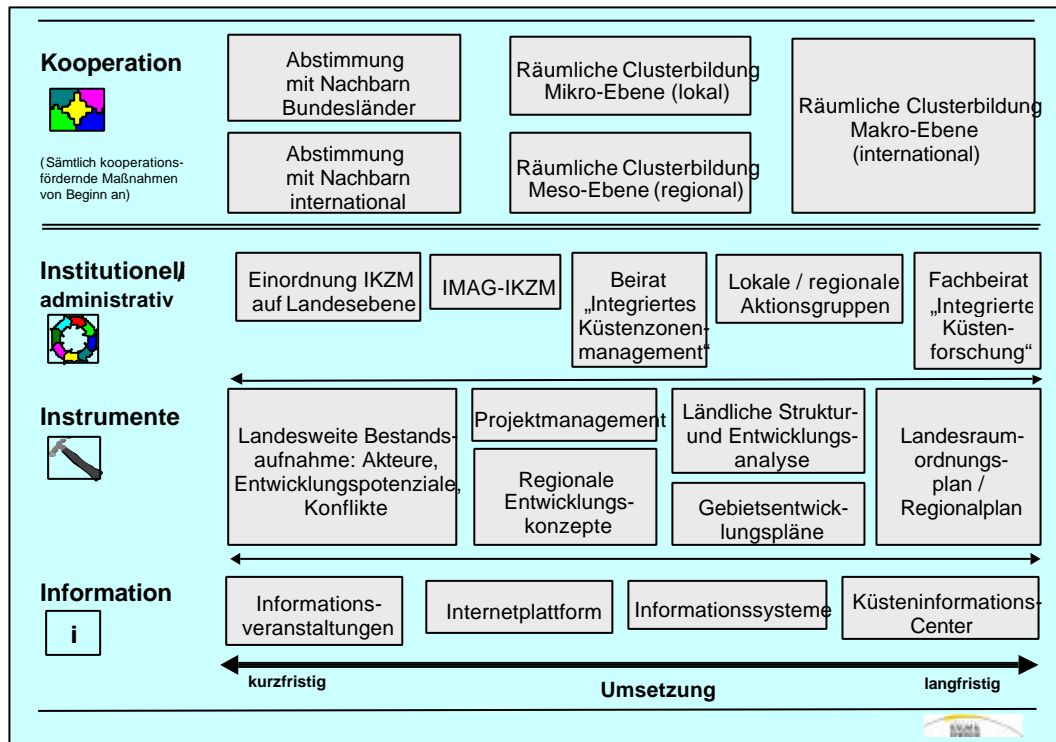
Zur Stärkung des Forschungsfeldes „Integrierte Küstenforschung“ erscheint es sinnvoll, im Forschungsbereich einen Fachbeirat „Integrierte Küstenforschung“ mit einer interdisziplinären Zusammensetzung ins Leben zu rufen, der dem oben genannten Beirat „Integriertes Küstenzonenmanagement“ beratend zur Seite steht. Auf diese Weise wird eine langfristige Etablierung und ein gleichbleibendes Qualitätsniveau sichergestellt sowie eine konstante Verbindung zu Politik und Verwaltung geschaffen.

6 Zusammenfassung der Empfehlungen zur Umsetzung eines IKZM in Schleswig-Holstein

Beteiligte und Wirkungszusammenhänge im IKZM-Prozess



Übersicht über die Empfehlungen zur Einrichtung eines IKZM in Schleswig-Holstein



Anhang 1: Aktuelle Themen der räumlichen Planung im Küstenbereich Schleswig-Holsteins

Nordseeküste

Thema	Planungen und Maßnahmen
Küstenschutz ⁵²	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung und Umsetzung Generalplan Küstenschutz • Deichbaumaßnahmen • Treibselproblematik • Sandvorspülungen (z.B. Sylt) • Bebauung im Küstenbereich • Neue Küstenschutzstrategien
Naturschutz	<ul style="list-style-type: none"> • Nationalpark⁵³ • ? Nutzungsbeschränkungen • große räumliche Ausdehnung (EU-Vogelschutz-, FFH-Gebiete)
Tourismus	<ul style="list-style-type: none"> • bauliche Maßnahmen • Wegekonzepte (Land/ Wasser)
Häfen	<ul style="list-style-type: none"> • Verkauf der Häfen
Ver- / Entsorgung	<ul style="list-style-type: none"> • Erdölförderung „Mittelplate“ • Sandentnahme • Kabel-/Pipeline-Trassen • Offshore-Windenergieparks • Verklappung
Katastrophenmanagement	<ul style="list-style-type: none"> • Aufbau eines Krisenmanagementkonzeptes (z.B. für Havarien, Ölunfälle)
Militär	<ul style="list-style-type: none"> • großräumige Nutzungseinschränkungen

⁵² MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHE RÄUME, LANDWIRTSCHAFT, ERNÄHRUNG UND TOURISMUS DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (1999)

⁵³ STOCK et al. (1996): Ökosystemforschung Wattenmeer – Synthesebericht: Grundlagen für einen Nationalparkplan. Schriftenreihe des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer, H. 8.

Ostseeküste

Thema	Planungen und Maßnahmen
Küstenschutz ⁵⁴	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung und Umsetzung Generalplan Küstenschutz • Bebauung im Küstenbereich (100-m-Schutzstreifen) • Neue Küstenschutzstrategien
Naturschutz	<ul style="list-style-type: none"> • Schutzgebiete (EU-Vogelschutz- FFH-Gebiete, HELCOM-Meeresschutzgebiete) ? Nutzungsbeschränkungen
Tourismus	<ul style="list-style-type: none"> • bauliche Maßnahmen • Hafendorf Niesholm, Geltinger Bucht
Häfen	<ul style="list-style-type: none"> • Konversion (Kiel, Lübeck, Flensburg) • Konversion Marinehafen Olpenitz • Ausbau Fährterminal Travemünde
Ver- / Entsorgung	<ul style="list-style-type: none"> • Rückbau Bohrinseln vor Schwedeneck • Sand-/ Kiesentnahme • Kabel-/Pipeline-Trassen • Offshore-Windenergieparks⁵⁵ • Verklappung
Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> • Fehmarn-Belt-Querung • Fährschifffahrt
Militär	<ul style="list-style-type: none"> • Übungsgebiete (großräumige Nutzungseinschränkungen)

Elbe

Thema	Planungen und Maßnahmen
Küstenschutz	<ul style="list-style-type: none"> • Erstellung und Umsetzung Generalplan Küstenschutz • Treibselproblematik • Öffnung Koog
Verkehr	<ul style="list-style-type: none"> • neue Elbquerung • Nord-Ostsee-Kanal • Elbvertiefung
Häfen	<ul style="list-style-type: none"> • Industrie- und Hafenstandort Brunsbüttel • Glückstadt

⁵⁴ MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHE RÄUME, LANDWIRTSCHAFT, ERNÄHRUNG UND TOURISMUS DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (1999)

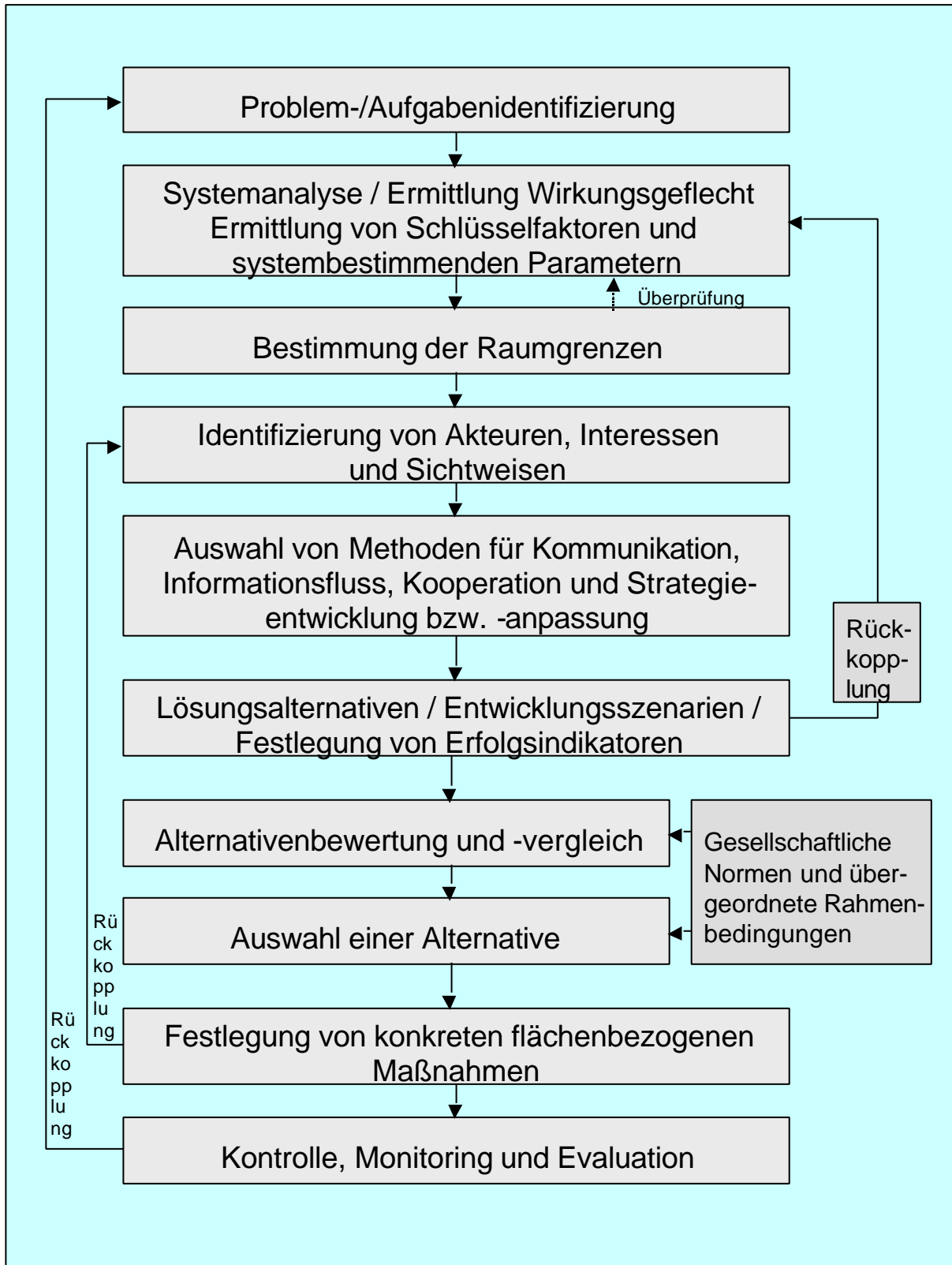
⁵⁵ Beispiel Ostsee: s. MÖLDERS, T. (2000)

Anhang 2: Nutzergruppen und Nutzungsinteressen im Küstenraum⁵⁶

Wirtschaftliche Interessengruppen	Nutzerinteressen
Küstenschutz	maximale Sicherheit
Tourismus	Sicherung und Ausbau des Wirtschaftszweiges; Infrastrukturentwicklung
Landwirtschaft	Flächenbewirtschaftung
Fischerei	keine weiteren Fanggebietsbegrenzungen
Muschelfischerei, Aquakulturen	Zugang zu Kulturflächen
Ressourcennutzung	ungehinderte Nutzung von Ressourcen (Erdöl, Sand, Kies)
Wirtschaft	Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen; internationaler Wettbewerb
Hafenwirtschaft	Standortsicherung, -ausbau
Windenergie	Genehmigung zur Errichtung von Offshore-Windenergieparks
Lokale / regionale Interessengruppen	Nutzungsinteressen
Bevölkerung, Siedlung	Entwicklung
Sportschifffahrt	keine Befahrensregeln
Militär	Erhalt der Übungs-/Sperrgebiete
Sportfischer	Zugang zu Gewässern
Naturschutz	mehr Schutzgebiete
Verwaltung	Wahrung des Einflusses, Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben
Politik	Sicherung des Wählerpotenzials

⁵⁶ verändert nach COLIJN, F. (1998), S. 19f.

Anhang 3: Ablauf des Planungsprozesses in einem IKZM-Konzept⁵⁷



⁵⁷ verändert nach KANNEN, A. (2000), S. 164

Anhang 4: Literatur und Internet

BRIDGE, L. and A. SALMAN (EUCC) (2000): Policy Instruments for ICZM in Nine Selected European Countries. Final Study Report, prepared for the Dutch National Institute for Coastal & Marine Management RIKZ.. Leiden, Netherlands.

BUNDESMINISTERIUM FÜR BILDUNG, WISSENSCHAFT, FORSCHUNG UND TECHNOLOGIE (1995): Neue Konzepte für ein Küstenzonenmanagement. In: Forschungs-Infos Nr. 10/95. Bonn.

BUNDESMINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU (Hrsg.) (1993): Raumordnungsbericht 1993. Bonn.

BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT (1992): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro – Dokumente – Agenda 21. Bonn.

BURBRIDGE, P. (2000): Lessons from the EU Demonstration Programme: Sectoral and Territorial Co-operation. In: GEE, K.; A. KANNEN UND H. STERR (Hrsg.) (2000): Integrated Coastal Zone Management: What Lessons for Germany and Europe.- Berichte Forschungs- und Technologiezentrum Westküste der Universität Kiel, Nr. 21. Büsum. S.40-45.

COLIJN, F. (1998): Integriertes Küstenzonenmanagement; eine flexible Reaktion auf die Herausforderung der Zukunft. In: MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHE RÄUME, LANDWIRTSCHAFT, ERNÄHRUNG UND TOURISMUS DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.) (1998): Küstenschutz in Schleswig-Holstein: Leitbild und Ziele für ein integriertes Küstenschutzmanagement. Kiel. S. 16-22.

DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.) (1998a): Landesraumordnungsplan Schleswig-Holstein 1998. Kiel.

DIE MINISTERPRÄSIDENTIN DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.) (1998b): Regionalplan für den Planungsraum III Schleswig-Holstein Mitte. Kreisfreie Städte Kiel und Neumünster, Kreise Rendsburg-Eckernförde und Plön. Entwurf Gesamtforschreibung 1998. Kiel.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (1997): Die Ressourcen der Küstengebiete – ein besseres Management. Luxemburg.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (1999a): Eine Europäische Strategie für das Integrierte Küstenzonenmanagement (IKZM) – Allgemeine Prinzipien und politische Optionen. Luxemburg.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (1999b): Schlußfolgerungen aus dem Demonstrationsprogramm der Europäischen Kommission zum Integrierten Küstenzonenmanagement (IKZM). Luxemburg.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (2000a): Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Umsetzung des integrierten Küstenzonenmanagements in Europa, 2000/0227 (COD). Brüssel.

EUROPÄISCHE COMMISSION (2000b): , COM/2000/547. Brüssel.

GEE, K.; A. KANNEN und H. STERR (Hrsg.) (2000): Integrated Coastal Zone Management: What Lessons for Germany and Europe.- Berichte aus dem Forschungs- und Technologiezentrum Westküste der Universität Kiel, Nr. 21. Büsum.

HOFSTEDDE, J. (1999): Integriertes Küstenschutzmanagement in Schleswig-Holstein. In: BWK: Küstenschutz an Nordsee und Ostsee. Referate des 44. Fortbildungslehrganges am 24. und 25. März im Kulturzentrum Rendsburg, S. 81-87.

INSTITUT FÜR ÖKOLOGISCHE WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (Hrsg.) (1999): Regionales Entwicklungskonzept für die Region Flensburg/Schleswig. Erstellt im Auftrage der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Flensburg/Schleswig mbH. Wuppertal.

INSTITUT RAUM & ENERGIE (Hrsg.) (1997): Regionalstudie „Technologie-Region K.E.R.N.“ Entwicklungsgrundlagen und Entwicklungsziele. Erstellt im Auftrage der Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein, Landesplanungsbehörde, und der Technologie-Region K.E.R.N.. Wedel.

KANNEN, A. und K. GEE (1998): Towards a Framework for the Sustainable Management of the Waddensea. – Abschlußbericht des Internationalen Trainingskurses zum Integrierten Küstenzonenmanagement, Büsum.

KANNEN, A.; K. GEE; E. Ulich und E. SCHNEIDER (2000): „Management of Change“ und nachhaltige Regionalentwicklung in Küstenzonen am Beispiel der Nordseeküste Schleswig-Holsteins. Verhandlungsband des 52 Geographentages 1999. Hamburg. Im Druck.

KANNEN, A. (2000): Analyse ausgewählter Ansätze und Instrumente zu Integriertem Küstenzonenmanagement und deren Bewertung. Berichte aus dem Forschungs- und Technologiezentrum Westküste der Universität Kiel, Nr. 23. Büsum.

KAUL, J.-A. und C. REINS (2000): Abschlußbericht der Sensitivitätsanalyse zu einem integrierten Küstenschutzkonzept für die „Küstenniederung Timmendorfer Strand / Scharbeutz“; im Auftrag des Ministerium für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus. Kiel.

K.E.R.N.-ARBEITSKREIS INTEGRIERTES KÜSTENZONENMANAGEMENT (Hrsg.) (2000): Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM) – Definition, Komponenten. Ein Vorschlag. Unveröffentlichter Projektvorschlag. Kiel.

KONINGSVELD, M. VAN; M. MARCHAND (Delft Hydraulics); P. HESLENFELD; L. VAN RIJSWIJK AND A. SALMAN (EUCC) (1999): Spatial planning in European coastal zones – Review of approaches in spatial planning, coastal policy and coastal defence. Study prepared for the Dutch National Institute for Coastal & Marine Management RIKZ.

MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHE RÄUME, LANDWIRTSCHAFT, ERNÄHRUNG UND TOURISMUS DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.) (1998): Küstenschutz in Schleswig-Holstein: Leitbild und Ziele für ein integriertes Küstenschutzmanagement. Kiel.

MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHE RÄUME, LANDWIRTSCHAFT, ERNÄHRUNG UND TOURISMUS DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.) (2000): Regionalplan für den Landesteil Schleswig. Planungsraum V – Schleswig-Holstein Nord. Kreisfreie Stadt Flensburg, Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg. Entwurf Gesamtfortschreibung 2000. Kiel.

NORCOAST PROJECT SECRETARIAT, COUNTY OF NORTH JUTLAND (Ed.) (1999a): NORCOAST – Review of national and regional planning processes and instruments in the North Sea regions – Full Study. Aalborg, Denmark.

NORCOAST PROJECT SECRETARIAT, COUNTY OF NORTH JUTLAND (Ed.) (1999b): NORCOAST – Review of national and regional planning processes and instruments in the North Sea regions – Summary. Aalborg, Denmark.

NORCOAST PROJECT SECRETARIAT, COUNTY OF NORTH JUTLAND (Ed.) (2000): NORCOAST – Proposal for recommendations on Integrated Coastal Zone Management and Planning in the North Sea Region. Denmark.

MÖLDERS, T. (2000): Konfliktminderungspotentiale der Umweltplanung. Darstellung am Beispiel des geplanten Offshore-Windparks "Sky 2000". Lüneburg. unveröffentlichte Diplomarbeit.

PROBST, B. (1998): Leitbild und Ziele des Küstenschutzes in Schleswig-Holstein oder: Wer das Ziel nicht kennt, kann nicht treffen. In: MINISTERIUM FÜR LÄNDLICHE RÄUME, LANDWIRTSCHAFT, ERNÄHRUNG UND TOURISMUS DES LANDES SCHLESWIG-HOLSTEIN (Hrsg.) (1998): Küstenschutz in Schleswig-Holstein: Leitbild und Ziele für ein integriertes Küstenschutzmanagement. Kiel. S.3-11.

PROCOAST PROJECT SECRETARIAT, MINISTRY FOR THE RURAL AREAS, STATE REGIONAL PLANNING, AGRICULTURE AND TOURISM, COASTAL DEFENCE AND HARBOUR DIVISION (2000a): PROCOAST State-of-the-Art Report – Background for coastal zone planning and management in the Baltic Sea Region. Kiel.

PROCOAST PROJECT SECRETARIAT, MINISTRY FOR THE RURAL AREAS, STATE REGIONAL PLANNING, AGRICULTURE AND TOURISM, COASTAL DEFENCE AND HARBOUR DIVISION (2000b): PROCOAST 2000. Proceedings of the Interregional Seminar on the Harmonisation of Uses and Interests in the Baltic Sea Coastal Zone. Kiel.

STOCK, M.; E. SCHREY; A. KELLERMANN; C. GÄTJE; K. ESKILDSEN; M. FEIGE; G. FISCHER; F. HARTMANN; V. KNOKE; A. MÖLLER; M. RUTH; A. THIessen; R. VORBERG (1996): Ökosystemforschung Wattenmeer – Synthesebericht: Grundlagen für einen Nationalparkplan. Schriftenreihe des Nationalparks Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer, H. 8. Tönning.

WENK, R. (2000): Struktur und Aufgaben eines IKZM aus raumordnerischer Sicht. In: Institut für Ökologie der Universität Greifswald (Hrsg.) Bodden, Heft Nr. 9, 2000. Kloster/Hiddensee. S.51-61.

Internetquellen:

Europäische Kommission:

<http://europa.eu.int/comm/environment/iczm/home.htm>

HELCOM recommendations 15/1, 15/5 and 16/3:

<http://www.helcom.fi/fullrecs/>

NORCOAST:

<http://www.nja.dk/teknik/plan/norcoast/>

PROCOAST:

<http://www.schleswig-holstein.de/landsh/mlr/kuestenschutz/kuestenschutz7.html>

Vision and Strategies around the Baltic 2010 (VASAB):

<http://www.vasab.org.pl/front.html>